

Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Mayen-Koblenz

Wahlprogramm
zur Kreistagswahl am 07.06.2009

Für mehr Lebensqualität im
Landkreis Mayen-Koblenz.

Ein "Weiter so" ist uns zu wenig.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Präambel	2
1. Bildung für alle – So früh wie möglich	3
2. Soziale Gerechtigkeit – Ausgleich zwischen Alt und Jung – Integration fördern	5
3. Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft	6
4. Energie und Klimaschutz	10
5. Umweltschonender Verkehr – Mehrwert durch ÖPNV	14
6. Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik	16
7. Die Kommune als Dienstleistungsunternehmen	18
Schlusswort GRÜNES Programm auch für Ihre Zukunft	19

Präambel

Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 07.06.2009 sind Sie aufgerufen im Landkreis Mayen-Koblenz ihren neuen Kreistag und das neue Europaparlament zu wählen.

Entscheidungen in Europa haben heute fast immer Auswirkungen bis auf die kommunalen Verwaltungsebenen im Kreis und in den Kommunen.

Bessere Bildungschancen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nachhaltiges Wirtschaften, Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie im Zusammenhang mit bürgernaher Politik, schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern greifen ineinander über.

Wir wollen eine zukunftsfähige und vorausschauende Finanzpolitik und ein Durchbrechen des Kirchturmsdenkens von Stadt-, Gemeinde und Verbandsgemeinderepräsentanten im Kreistag. Die Devise "weiter so" beschämt, wenn der beschlossene Haushalt wieder nur für den Sozialetat des Kreises reicht, und der Kreis für alles andere Schulden aufnehmen muss. Von einem starken Landkreis profitieren alle Kommunen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bietet Ihnen als Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Mayen-Koblenz Möglichkeiten einer bürgernahen und zukunftsfähigen Politik in den nächsten fünf Jahren.

Wir werden Sie innerhalb der fünf Jahre objektiv und zeitnah über die Entwicklungen in der Kreispolitik informieren.

1. BILDUNG FÜR ALLE – SO FRÜH WIE MÖGLICH

1.1. Schwerpunkt frühkindliche Förderung - Auf den Anfang kommt es an!

Kindertageseinrichtungen bieten die erste Möglichkeit für Kinder, außerhalb ihrer Familie etwas von der Welt zu erfahren. Hier lernen Kinder spielerisch motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten unter professioneller Anleitung. Eine der wichtigsten Säulen der frühkindlichen Förderung ist dabei die Sprachförderung. .

Kindergartengruppen, insbesondere die sogenannte „geöffnete Kindergartengruppen“, sind dafür mit 25 Kindern zu groß. Die OECD empfiehlt 15 Kinder und 2 ErzieherInnen pro Gruppe.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

für alle Zweijährigen Betreuungsplätze und sehen in der Einrichtung von geöffneten Kindergartengruppen einen Rückschritt in Bezug auf die Qualität der Betreuung. Die Betreuung in Gruppen mit 25 Kindern macht sowohl die Beobachtung als auch die notwendige individuelle Förderung äußerst schwierig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- die Einrichtung kleiner altersgemischter Gruppen nach dem Standard der OECD Empfehlung
- Betreuungsangebote für alle Zweijährigen, deren Eltern das wünschen
- eine gezielte Sprachförderung, die bereits beim Eintritt in die Kindertageseinrichtung beginnt und als zentrale und dauerhafte Aufgabe verstanden wird;
- eine enge Kooperation von ErzieherInnen und LogopädInnen unter Einbeziehung der Eltern;
- familiengerechte Betreuungszeiten:
 - in Schulferienzeiten durchgehende Betreuungsangebote
 - eine regelmäßige Öffnungszeit in Kindertagesstätten von 06:30 bis 18 Uhr

1.2. Das Lebensumfeld unserer Kinder verbessern - Schulen stärken

Die Schulen im Landkreis Mayen-Koblenz stehen vor großen Herausforderungen: Die Haupt- und Realschulen, die Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen müssen die Reform des Schulgesetzes und die Organisationsform „Realschule plus“ umsetzen. Die Gymnasien sind überlaufen und haben weder ausreichend Lehrkräfte noch ausreichend gute Räumlichkeiten, um ihren Bildungsauftrag optimal umsetzen zu können. Das große Interesse bei den integrierten Gesamtschulen in anderen Städten und Kreisen bestärkt uns, diese an allen möglichen Standorten im Kreis Mayen-Koblenz einzuführen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern
leistungsfähige Schulen, die integrieren und fördern.**

Die Schulstrukturreform der Landesregierung halten wir für halbherzig. Die allein regierende SPD hat die Möglichkeit vertan, eine zukunftsweisende Schulpolitik im Land auf den Weg zu bringen. Die grundlegenden Probleme von Lehrerinnen und Lehrern, von Schülerinnen und Schülern sind unverändert: Raumnot, Lehrkräftemangel, schlechte Instandhaltung der Schulgebäude. Statt der versprochenen Zweigliedrigkeit finden sich ab der Klassenstufe 5 im Landkreis Mayen-Koblenz sieben verschiedene Schularten. Die Hauptschule wird nicht abgeschafft, sie besteht als Bildungsgang der Berufsreife fort in den allermeisten Realschulen plus, sowie bei Schulen privater Träger.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

- integrierte Gesamtschulen als echte verpflichtende Ganztagschulen
- Erhalt möglichst vieler Schulstandorte.
- mehr Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter
- ein kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen
- eine kostenlose Schülerbeförderung.
- ein Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung aller Schulen, das alle Fördermöglichkeiten ausschöpft.

2. Soziale Gerechtigkeit – Ausgleich zwischen Alt und Jung – keine Ausgrenzung von Behinderten

2.1. Wohnen im Alter

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern,
das im Landkreis Mayen-Koblenz die Einrichtung altersgerechten
Wohnraums in den einzelnen Ortsgemeinden gefördert und unterstützt
wird.**

- In einigen Ortsgemeinden des Landkreises Mayen-Koblenz sind schon gute Projekte in Planung bzw. auch realisiert worden, z. B. Wohnprojekt in Oberfell, Seniorenheim Winnigen, Seniorenheim Polch.
- Es muss allen älteren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, in ihrer vertrauten Umgebung in einem altengerechten Wohnraum in Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationen-Häusern zu wohnen. Sie sollten möglichst lange dort ihren Lebensabend verbringen können, um auch die sozialen Kontakten zu Verwandten, Freunden, Nachbarn und Vereinen aufrecht erhalten zu können.
- Barrierefreiheit und altersgerechter Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen muss Standard sein
- die öffentlichen Verkehrsmittel müssen barrierefrei für alle Altersgruppen gut begehbar sein. Dies gilt vor allen Dingen auch für Bahnhöfe, wo alternativ für Gehbehinderte unüberwindbare Treppen durch barrierefreie Zugänge ergänzt werden müssen.

2.2. Recht auf gesellschaftliche Teilhabe

Gerade für benachteiligte Menschen und Menschen mit Behinderungen geht es um berechnigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Grundlage für eine echte Teilhabe ist eine verlässliche soziale Sicherung, die es den Bürgerinnen und Bürgern auch in schwierigen Lebenslagen ermöglicht, ihr Leben selbst zu gestalten. Dabei ist eine Struktur zu schaffen, in denen Behinderte nicht in abgegrenzte Bereiche wie Behindertenwerkstätten und eigenständige Schulen abgedrängt werden. Dort wo es möglich ist, sollte gemeinsames Lernen und Arbeiten von Behinderten und Nichtbehinderten ermöglicht werden. Entsprechende betriebliche und kommunale Fördermöglichkeiten sollen ausgebaut bzw. eingeführt werden.

3. Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft

3.1. Intelligente Abfallwirtschaft für den Landkreis Mayen-Koblenz

Im Vergleich der Abfallgebühren bescheinigt der aktuelle Landesabfallbericht dem Landkreis Mayen-Koblenz die höchsten Abfallgebühren aller Landkreise in Rheinland-Pfalz.

Im Umkehrschluss heißt dies, dass offensichtlich alle anderen Landkreise ein effektiveres Abfallmanagement betreiben als der Landkreis Mayen-Koblenz.

Eine über lange Jahre mit fast identischem Personal gewachsene Struktur hat zum jetzt vorliegenden letzten Platz im Landesvergleich geführt.

Im Landkreis Mayen-Koblenz gibt es bisher niemanden, der die Verantwortung für die rote Laterne der Abfallgebühren übernommen hat.

Der Vorsitzende des Deponiezweckverbandes ist zur Zeit gleichzeitig als erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Mayen-Koblenz für die Abfallwirtschaft und die Belange der Umwelt zuständig.

Interessenskonflikte sind hier unweigerlich gegeben.

Eine Lösung der Misere halten wir im Abfallbereich unter der bisherigen Leitung des Abfallbereiches für wenig wahrscheinlich.

Die hohen Abfallgebühren resultieren auch aus einem in der Vergangenheit geführten Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof.

Der rund eine Million Euro teure Rechtsstreit wurde vom DZV verloren.

Die Kosten des Rechtsstreits zahlt der Gebührenzahler.

Nach dem verlorenen Rechtsstreit blieb die kritische Auseinandersetzung mit dem vom DZV eingeschlagenen juristischen Irrweg im Kreistag aus.

Die Posse gipfelte nach verlorenem Urteil im Ausspruch des ersten Kreisbeigeordneten Bernhard Mauel (gleichzeitig DZV-Vorsitzender) im Kreistag, dass er sich keinen besseren juristischen Berater als Herrn Moesta vorstellen könne. Herr Moesta war auch nach dem verlorenen Rechtsstreit als juristischer Berater für den DZV tätig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Verbandsversammlung des DZV in der momentanen Besetzung für ungeeignet, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen.

3.2. Neue Wege in der Abfallwirtschaft

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern
eine Optimierung des Kontroll- und Berichtswesen im DZV und gegenüber
den Mitgliedern des DZV:**

- **den grundsätzlichen Verzicht des DZV auf Wirtschaftsprüfungsleistungen von im Verbandsgebiet des DZV ansässigen Prüfern**
- **den grundsätzlichen Verzicht auf die Inanspruchnahme von Beratern, deren Ehepartner/nahe Anverwandte Mitglied der DZV Verbandsversammlung sind.**
- Einsatz eines bisher nicht für den DZV tätigen, erfahrenen und nachweislich im Abfallbereich erfolgreichen Projektsteuerer zur Unterstützung des DZV bei seinen Aufgaben
- turnusmäßiger Tausch von für den DZV tätigen Beratern nach spätestens 7 Jahren.
- Revision des technischen wirtschaftlichen Konzepts des DZV durch nachweislich unabhängige Büros.
- Auswahl eines unabhängigen, leistungsfähigen, in den letzten 7 Jahren nicht für den DZV tätigen technischen Beraters
- Auswahl eines unabhängigen, im Bereich der Abfallwirtschaft erfahrenen, Wirtschaftsbüros zur wirtschaftlichen Neuausrichtung des DZV
- Durchforstung des DZV und der über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen nach Einsparmöglichkeiten
- erarbeiten einer kurz-, mittel- und langfristigen technisch-/wirtschaftlichen Konzeption des DZV mit definierten und kontrollierbaren Zielen und konkreten Aussagen, wie diese zeitlich, technisch und wirtschaftlich zu erreichen sind.
- eine zeitnahe Berichterstattung der vom Kreistag in die Verbandsversammlung entsendeten Personen gegenüber den Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Parteien über die Vorgänge/Entscheidungen aus der Verbandsversammlung .

Diese Verbesserungsvorschläge greifen tief in die Struktur des DZV ein. Sie machen Entscheidungen der Verbandsversammlung des DZV notwendig. Dies setzt eine Abstimmung mit den übrigen Mitgliedern des DZV (Stadt Koblenz, Landkreis Cochem-Zell) voraus.

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern
eine Neuregelung der verwaltungsinternen Zuständigkeiten auf Kreisebene,
die zukünftig solche Konflikte ausschließen.**

Die Abfallpolitik des Landkreises Mayen-Koblenz ist seit Jahrzehnten auf die stark überdimensionierte Deponie Eiterköpfe ausgerichtet. Jeder Kubikmeter Abfall, der hier gebührenpflichtig eingelagert wird hilft, die hohen Bau-, Betriebs- und Nachsorgekosten zu finanzieren.

Der im Landkreis Mayen-Koblenz anfallende Hausmüll wird zu teilweise über 100 km entfernten Vorbehandlungsanlagen transportiert. Sofern die Deponiekosten dort preisgünstiger sind als die Kosten des Rücktransportes werden die Abfälle vor Ort deponiert. Sie gehen damit der Deponie Eiterköpfe als Gebühreneinnahmequelle verloren.

Bei steigenden Recyclingquoten, Abfallreduzierung durch Vorbehandlung, und insgesamt abnehmende Abfallmengen ist absehbar, dass es zukünftig immer schwieriger werden wird, den zur Kostendeckung notwendigen gebührenpflichtigen Abfall zu akquirieren.

Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen mit dem DZV bei langfristigen Planungen und im Umgang mit Mitbewerbern im Abfallbereich ist zu bezweifeln, dass er dieser Aufgabe gerecht werden kann.

Die Deponie Eiterköpfe war und ist eine der kostenintensivsten Einrichtungen in unserem Landkreis.

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern
in diesem Zusammenhang die Erarbeitung eines nachvollziehbaren
Konzeptes zum wirtschaftlich optimierten Weiterbetrieb der Deponie
Eiterköpfe.**

Wir halten die Definition von technischen, wirtschaftlichen und zeitlichen Zielvorgaben für erforderlich. Dringend notwendig sind zudem wirksame Kontrollinstrumente, um die Einhaltung und der Zielvorgaben zu begleiten und notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallentsorgung wurde vor über 20 Jahren im Kreislaufwirtschaftsgesetz festgeschrieben. In der Abfallgebührenordnung des Landkreises Mayen-Koblenz ist diese Devise bis heute nicht angekommen. Abfallvermeidung lohnt sich im Landkreis Mayen-Koblenz auch im Jahr 2009 noch nicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- **die Einführung des Verursacherprinzips: „Wer Abfälle vermeidet, trennt oder verwertet, kann Gebühren sparen. Wer viel Abfall produziert, der zahlt entsprechend höhere Gebühren.“**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern,

- dass es sich auch im Landkreis Mayen-Koblenz für den Bürger lohnen muss, Abfall zu vermeiden.**
- reduzierte Gebühren für Eigenkompostierer.** Eigenkompostierer, die das für die Organikfraktion vorgesehene Fach der Abfalltonne nicht nutzen, zahlen im Landkreis Mayen-Koblenz für eine halb volle Abfalltonne den vollen Gebührensatz.
- eine mengenabhängige Gebührenregelung.** Wer bewusst Abfall vermeidet, sollte auch weniger Gebühren zahlen. Personen, die bewusst Abfall vermeiden und ihre Tonne nicht bei jeder Leerung nutzen, zahlen im Landkreis Mayen-Koblenz trotzdem den vollen Gebührensatz.

3.3. Biomüll ist Wertstoff

Auch im Jahr 2009 ist die Qualität des im Landkreis Mayen-Koblenz eingesammelten Biomülls (Organikfraktion) durch Fehlwürfe und Störstoffe in ihre Verwendungsmöglichkeit noch stark eingeschränkt. Augenblicklich wird die Organikfraktion in die neuen Bundesländer transportiert und dort kompostiert. Sowohl das Material als auch die Wertschöpfung gehen dem Landkreis Mayen-Koblenz damit verloren.

Bei geringerem Störstoffanteil wäre ein Verwertung der hier produzierten Organikfraktion in den im Kreisgebiet bereits vorhandenen Anlagen möglich. Das Problem der Fehlwürfe ist lange bekannt. Bisher haben es die Verantwortlichen nicht geschafft, durch geeignete Maßnahmen wie z.B. Aufklärung und Kontrolle die Qualität der eingesammelten Organikfraktion so zu verbessern, dass sie auch im Landkreis verwertet werden kann.

Obwohl sich die Deponie Eiterköpfe im Landkreis Mayen-Koblenz befindet, ist den Bürgern nicht bekannt, welche Auswirkungen die von ihnen produzierten Abfälle durch Transport, Behandlung auf Wasser, Boden oder auch die Luft haben.

So dürfte z.B. die Deponie trotz der vorhandenen aktiven Deponieentgasung einer der größten Produzenten von schädlichen Klimagasen sein. Ein entsprechender Umweltbericht für die Deponie und auch den Landkreis fehlt.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern mehr Transparenz in der Abfallwirtschaft

4. Energie und Klimaschutz

4.1. Klimaschutzziele und Energieversorgung

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt bis zum Jahr 2020 40 % der Treibhausgasemissionen einzusparen. Dieses bundesweite Ziel muss auch für den Landkreis Mayen-Koblenz gelten.

Der Landkreis Mayen-Koblenz hat jedoch bis heute weder eine Bestandsaufnahme, viel weniger ein Klimaschutzkonzept mit verbindlichen Zielen, erstellt. Stattdessen werden mit sporadischen Einzelmaßnahmen nur einzelne Effekte erreicht, vor allem im Sinne einer guten Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit.

Die nächsten Jahre sind entscheidend für Erfolge im Klimaschutz. Lassen sich in diesem Zeitraum keine maßgeblichen Erfolge erzielen, sind die Karten für die Zukunft schlecht gemischt.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern

dass der Landkreis im Rahmen seiner Zuständigkeit seine Verantwortung zum Erreichen der von der Bundesregierung definierten Klimaschutzziele wahrnimmt und diese unterstützt.

Auf der Kreisebene ist diese Unterstützung möglich durch:

- einen Beschluss des Kreistages, die Bemühungen der Bundesregierung zur CO₂-Einsparung in Höhe von mindestens 40 % bis zum Jahr 2020 im Landkreis Mayen-Koblenz an den kreiseigenen Liegenschaften und Anlagen durch individuelle Konzepte und Maßnahmen beispielhaft umzusetzen;
- die Bestandsaufnahme der CO₂-Emissionen im Einflussbereich des Landkreises Mayen-Koblenz als Grundlage für ein Minderungskonzept;
- Erstellung und Umsetzung eines Energie-/CO₂-Einsparkonzeptes für kreiseigene Anlagen und Gebäude;
- die Einführung und Entwicklung von Energiesparanreizen in kreiseigenen Schulen und Gebäuden. Wer dem Landkreis hilft Energie, Geld und auch CO₂ einzusparen, soll dafür belohnt werden;
- die jährliche Berichterstattung über den Stand der durch den Landkreis verursachten Energie- und CO₂-Emissionen und den Grad der mittlerweile erreichten Reduzierung;
- schnellstmögliche Umstellung auf klimafreundlichen Ökostrom für alle kommunalen Einrichtungen des Landkreises mit dem Ziel 100 % Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 für den Landkreis Mayen-Koblenz;
- Potential-Analysen für den Landkreis Mayen-Koblenz

- Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes mit konkret definierten Zielen zur kontinuierlichen energetischen Sanierung der kreiseigenen Liegenschaften durch unabhängige Energieberater;
- Förderung von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden durch Werbung und den Verzicht für eine Dachmiete oder andere Gebühren;
- eine zukunftsweisende kommunale Energiepolitik verstärkt durch innovative Energieerzeugung. Wir setzen uns für die Ausrichtung einer dezentralen Energieerzeugung und für eine nachhaltige Energiebeschaffung, sowie den Aufbau eines Geschäftsfeldes mit klimaverträglichen Technologien, ein.
- die Aufgabe der bisherig im Kreistag praktizierten Verhinderungshaltung gegenüber der Windenergie. Statt dessen muss eine gegenüber Bürger und Umwelt vertretbare und rechtskonforme Planung in der regionalen Raumordnung verankert werden.
- Bei der Anschaffung von Fahrzeugen und Anlagen durch den Landkreis sind Energieverbrauch und Emission als Beurteilungskriterium stärker als bisher zu gewichten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

- die Ausschreibung von Energielieferverträgen für den Landkreis auf Anbieter von Strom aus erneuerbaren Energien auszurichten.**
- bei der Ausschreibung von Energielieferverträgen von Gas für den Landkreis den Anteil an regenerativ erzeugtem Gas in der Angebotsbewertung verstärkt zu berücksichtigen.**
- Einflussnahme des Landkreises, in seiner Funktion als Aktionär, auf die RWE mit dem Ziel Energie klimaverträglicher und nachhaltiger zu erzeugen und zu vermarkten**

4.2. Klimaschutz im Handel

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern,
dass die Kreisverwaltung im Landkreis Mayen-Koblenz ihr
Beschaffungswesen auf Energie- und CO₂-Einsparung ausrichtet. Dies
betrifft u.a. energiesparende Bürogeräte, Leuchtmittel, Pumpen und
Lüftungsanlagen.**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern

- **die Verwendung von Produkten aus der Region zu favorisieren. Dadurch erfolgt die Wertschöpfung hier und lange Transportwege und unnötiger Energieverbrauch werden vermieden.**
- **eine klimafreundlichere Bauleitplanung mit einer verstärkten Koordination und Hilfestellung für kreisangehörige Kommunen bei gemeinsamen Projekten die Energie oder andere Ressourcen schonen**

4.3. Hochwasserschutz

Der Landkreis Mayen-Koblenz mit den Flüssen Rhein und Mosel ist regelmäßig von Hochwasser mit Schäden in mehrstelliger Millionenhöhe betroffen.

Die erste und nachhaltigste Maßnahme gegen Hochwasser ist der Erhalt oder auch die Wiederherstellung von unversiegelten Böden, sowie die Erhaltung, Wiederherstellung, Neuanlage von Überflutungs- und Rückhalteflächen. Wenn Niederschläge versickern und das über die Ufer tretende Wasser Fläche und Volumen zum Ausbreiten hat, ist unsere Region besser vor Hochwasser geschützt.

Effektiver Hochwasserschutz beginnt nicht erst an den Flüssen durch Aufbau von technischen Hochwasser-Schutzmaßnahmen. Hier sind in Abstimmung mit den Nachbarkreisen weiterreichende Maßnahmen auch schon auf den Höhen von Eifel und Hunsrück erforderlich.

Jeder der Flächen versiegelt und die natürliche Rückhaltung von Oberflächenwasser behindert oder gar zerstört, ist mit Schuld am Hochwasser. Hier ist auf die Anlieger von Gewässern, Kommunen und Bauherren einzuwirken, die durch ihr Handeln verursachte Veränderung im Oberflächenhaushalt stärker als bisher zu kompensieren.

Die im Rahmen der Bestandskartierung zur EU-Wasserrahmenrichtlinie aufgefallenen Defizite in der Gewässerstruktur sind schnellstmöglich zu sanieren. Als vom Hochwasser besonders betroffene Region an Rhein und Mosel kommt dem Landkreis Mayen-Koblenz eine Vorreiterrolle im Oberflächenwassermanagement zu.

Dies sind wir den Anliegern an unseren Flüssen schuldig.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern

- **einen verantwortungsvolleren Umgang mit Oberflächenwasser als bisher**
- **vermeidbare Oberflächenversiegelung auf kreiseigenen Liegenschaften zu entsiegeln**
- **wo dies technisch/rechtlich möglich ist, sollte anfallendes Oberflächenwasser versickert oder durch geeignete Maßnahmen zurückgehalten werden.**
- **die konstruktive Auseinandersetzung mit den bisherigen Ergebnissen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zur Qualität und Struktur der Oberflächengewässer im Landkreis Mayen-Koblenz**
- **dort wo durch den Verbau von Ufern, die Nutzung bis an den Rand des Gewässers o.ä. Defizite in der Gewässerstruktur festgestellt wurden, sollte sich der Landkreis verstärkt für eine schnellstmögliche Sanierung einsetzen.**

4.4. Gentechnikfreiheit im Landkreis Mayen-Koblenz

Der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft halten wir für nicht verantwortbar. So werden z. B. Imker durch gentechnisch veränderten Pollen im Honig massiv in ihrer Existenz bedroht, da gentechnisch verunreinigter Honig nicht mehr verkehrsfähig ist.

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern
einen Grundsatzbeschluss
für einen gentechnikfreien Landkreis Mayen-Koblenz**

5. Umweltgerechter Verkehr – Vorrang für ÖPNV

5.1. Abstimmung der Verkehrspolitik auf alle Verkehrsteilnehmer

Der Verkehr ist eines der zentralen Handlungsfelder im Klimaschutz und nach wie vor der Energieverbrauchssektor mit der größten Wachstumsrate. Mehr als 30 % des Endenergieverbrauchs in der Europäischen Union entfallen auf den Verkehr. Er ist für ein knappes Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Bis zum Jahr 2010 wird der Verkehr der Bereich mit dem größten Beitrag zu den Treibhausgasemissionen sein. Eine weiterhin starke Zunahme des Kraftfahrzeugbestands und die fortschreitende Zersiedelung, und ungehemmte Ausweisung von Neubau- und Gewerbegebieten, meist auch noch in Konkurrenz der Kommunen untereinander, führen zu immer mehr Individualverkehr und Umweltbelastung.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern eine klimaschonende, umweltverträgliche und sozial ausgewogene Verkehrspolitik für alle Verkehrsteilnehmer.

Auch im Jahr 2009 sind viele Ortsgemeinden im Landkreis Mayen-Koblenz nur unzureichend an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen. Ohne Arbeitsplatz und Einkaufsmöglichkeit vor Ort sind die Bürger auf ihren PKW angewiesen. Bei kontinuierlich steigenden Energiekosten wird das eigene Auto für den eigenen Haushalt zu einem stetig steigenden Kostenfaktor. Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung wird es in Zukunft immer mehr ältere Menschen geben, die kein Fahrzeug mehr führen können oder wollen. Dieser stetig wachsende Personenkreis wird auf funktionierende alternative Transportmöglichkeiten angewiesen sein. Der verbesserten Erschließung der Orte mit Bahn, Bus und Taxi kommt daher eine immer stärkere Bedeutung zu. Orte mit unterqualifiziertem Anschluss an den Personennahverkehr verlieren aufgrund der verringerten Lebensqualität langfristig an Attraktivität. Qualitativ schlechte Anbindung an Bus und Bahn und fehlende Barrierefreiheit sind im Landkreis Mayen-Koblenz noch die Regel. Hier ist der Landkreis gefordert, gegen zu steuern.

Bisher wurde diesem Sachverhalt im Landkreis jedoch nicht der ihm zustehende Stellenwert zugebilligt. So fehlt bereits die landkreisweite Bestandsaufnahme und Gegenüberstellung der Qualität der Anbindung der Gemeinden an den ÖPNV.

Ziele oder anzustrebende Anbindungsstandards/Taktzeiten sind bisher nicht definiert.

Während Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden mittlerweile Einzug gehalten hat, ist diese im öffentlichen Straßenraum wenig verbreitet. Treppenstufen, hohe Bordsteine stellen für Rollstuhlfahrer und auch für Senioren vermeidbare und unnötige Hindernisse dar. Hier gilt es zukünftig Abhilfe zu schaffen.

Während vielerorts das Fahrrad als ernst zu nehmendes Verkehrsmittel im Nahverkehr akzeptiert und gefördert wird, laufen Maßnahmen zur Verbesserung der Radwegesituation im Landkreis Mayen-Koblenz bevorzugt unter dem Aspekt Freizeit und Tourismus. Ein Konzept für flächendeckendes sicheres Fahrradfahren fehlt im Landkreis Mayen-Koblenz.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern

dort, wo keine öffentlichen Verkehrsmittel aus Kostengründen angeboten werden können, eine Unterstützung des Landkreises Mayen-Koblenz für die Kommunen im Bereich Car-Sharing.

Gerade Geringverdiener oder Hartz-IV-Empfänger sind auf öffentliche Verkehrsmittel oder andere Transportmittel angewiesen, da meist persönliche Verkehrsmittel wie PKW, nicht finanziert werden können.

Ergänzend sind Konzepte zur langfristigen Steuerung der Verkehrsnachfrage über eine verkehrsvermeidende Siedlungsplanung notwendig.

Die sinnvolle Kombination dieser Einzelmaßnahmen macht letztendlich den Erfolg einer umweltverträglichen und sozialen kommunalen Verkehrspolitik aus.

5.2. Lärm

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern

•den Landkreis Mayen-Koblenz auf, sich bei der Deutschen Bahn auf den Mosel- und Rheinstrecken verstärkt für die zügige Umrüstung auf lärmärmere Antriebsräder einzusetzen.

6. Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik

6.1. Schuldenabbau

Die auf Schulden aufgebaute Finanzpolitik des Landkreises Mayen-Koblenz muss auf eine nachhaltigere Finanzpolitik umgestellt werden. Hierzu gehören neben der Verbesserung der Einnahmesituation auch die Überprüfung der Ausgabenpositionen.

Die für den Landkreis zuständige Dienstaufsichtsbehörde ADD hat den Landkreis Mayen-Koblenz aufgefordert, auch die Einnahmeseite, explizit die Kreisumlage, auf mögliche Einnahmequelle, nicht zu vernachlässigen. Sollten die Mahnungen des ADD unerhört bleiben, könnte die Zahlung von freiwilligen Leistungen im Kreishaushalt, wie z. B. für die Kreismusikschule, von der Dienstaufsichtsbehörde untersagt werden.

**BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern
einen Stopp der Verschuldungsspirale zu Lasten nachfolgender
Generationen.**

6.2. Verbesserung der Einnahme-Situation

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern
die Verbesserung der Einnahmen durch**

- die Erhöhung der Kreisumlage damit der Landkreis seine gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben gegenüber seinen Bürgern erfüllen kann, ohne hierfür jährlich neue Schulden aufzunehmen
- Verbesserung der Umlagegrundlagen der Kommunen für die Berechnung der Kreisumlage durch Unterstützung bei Anwerben von Unternehmen mit langfristigem und nachhaltigem Produktprogramm und Zuzug von neuen Bürgerinnen und Bürgern
- Einbringung eines jährlichen Anteils von 20 % der Gewinne aus den kreiseigenen RWE-Aktien in den Kreishaushalt für den Bereich Bildung/Ausbildung

6.3. Ausgaben reduzieren durch intelligente Zukunftsinvestitionen

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern
bei den Ausgaben eine**

- Reduzierung der Betriebskosten bei allen öffentlichen Gebäuden durch optimiertes Nutzerverhalten und Gebäudesanierung Geplanten Sanierungen in Millionenhöhe in einigen wenigen Schulen setzen wir Contracting-Programme zur Sanierung aller öffentlichen Gebäude im

Landkreis Mayen-Koblenz entgegen. Durch einzuleitende Contracting-Maßnahmen wird der Haushalt durch Reduzierung von Investitionsmitteln und Einsparungen im Energiebereich nachhaltig erheblich entlastet.

- Überprüfung der Ausgaben in der Fahrbereitschaft (Fahrzeugbestand, kostengünstigere Alternativen)
- Überprüfen und Vergleichen der Zeit- und Personalaufwendungen der Kreisverwaltung mit anderen Kreisverwaltungen
- Mehr Transparenz und Innovation bei der kreiseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft

6.4. Investitionen in die Zukunft

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern die Verwendung der frei werdenden Mittel für

- Schuldenabbau
- Bildung
- nachhaltige Infrastruktur

6.5. Wirtschaftsförderung

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern eine verstärkte Unterstützung der Kommunen durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Ansiedlung von Unternehmen mit nachhaltigen Produkten, wie z. B. aus dem Bereich Dienstleistung, erneuerbarer Energien, Umwelttechnik oder ökologischen Produkten.

Die Ansiedlung von solchen Unternehmen stärken die Kommunen durch Gewerbesteuerereinnahmen und schafft und sichert langfristig Arbeitsplätze im Landkreis Mayen-Koblenz

7. Die Kommune als Dienstleistungsunternehmen

7.1. Bürgerfreundliche Öffnungszeiten

Im Vergleich zu den benachbarten Landkreisen arbeitet die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz mit stark eingeschränkten Servicezeiten. Während im Landkreis Mayen-Koblenz nachmittags Termine nur nach vorheriger Vereinbarung möglich sind, bieten andere Landkreise ihren Bürgern durchgehende Öffnungszeiten am Nachmittag und auch Dienstleistungsabende an. Familienfreundlichkeit beginnt für uns bei den Servicezeiten.

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern
eine deutliche Ausweitung der Servicezeiten im Kreishaus**

- **auch nachmittags**
- **einen Dienstleistungsabend**

Schlusswort

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

gehen mit ambitionierten und nachhaltigen Zielen in die Zukunft.

Wir bieten Lösungen für längere Zeiträume und denken nicht von Wahltermin zu Wahltermin.

Daher kämpfen wir dafür, die absolute Mehrheit der CDU im Kreistag Mayen-Koblenz zu brechen, um den Weg für eine zukunftsfähige Politik zu schaffen.

Fröhliche Videobotschaften auf der CDU-Homepage sollten die Wählerinnen und Wähler nicht darüber hinweg täuschen, dass alle Anträge zu Klimaschutz, Abfallwirtschaft und bürgerfreundlichen Öffnungszeiten der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN seitens der CDU-Mehrheitsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode abgelehnt bzw. in die Ausschüsse verwiesen wurden.

Durch entsprechenden Zuschnitt der Kreisausschüsse nach den letzten Kommunalwahlen nach Gutsherrenart wurde den kleineren Fraktionen, wie z. B. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die demokratische Teilnahme an den Ausschussberatungen verwehrt. Den Kreistagsmitgliedern war es rechtlich nur möglich, als Zuhörer ohne Stimm- und Rederecht, teilzunehmen.

**Liebe Wählerinnen und Wähler,
wenn wir Sie mit unseren Ideen überzeugt haben,
bitten wir um
ihre Stimme für die Liste-Nr. 5
von**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

**Wir sind die Stimme und der Garant für einen
familienfreundlicheren, klimafreundlicheren und
bürgerfreundlicheren**

Landkreis Mayen-Koblenz.

**Alle reden von einer besseren Politik.
Wir haben die Konzepte dafür!!!**

Wir sind für Sie da !

Sie wünschen mehr Informationen ?

Über das Internet : www.gruene-myk.de
Kostenfrei per Telefon: 0800-6537825